

Zeitschrift: Berner Schulblatt
Herausgeber: Bernischer Lehrerverein
Band: 102 (1969)
Heft: 7

Heft

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 20.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

† Otto von Bergen, 1898–1969

Am 29. Januar nahm eine stattliche Schar Angehöriger der 80. Promotion des Staatsseminars Bern-Hofwil im Krematorium Bern Abschied von Otto von Bergen, der nach kurzer, schwerer Krankheit gestorben ist. Als wir ihm noch in der Vorweihnachtswöche einen Besuch im Victoria-Spital in Bern machten, sprach er schon von der nahe bevorstehenden Spitalentlassung. Er hat sie wohl erlebt und weilte dann noch für kurze Zeit, anlässlich der letzten Jahreszusammenkunft der Ehemaligen, in unserm Kreise, nicht ahnend, dass dies das allerletzte Mal sein werde.

Wir, seine Klassenkameraden, erinnern uns noch gut des grossgewachsenen blondköpfigen Hünen aus der Reihe der Bielerschüler, die, zweisprachig aufgewachsen, uns ohnehin schon manches voraus zu haben schienen. Otto von Bergens Stärke war sein handwerkliches Geschick. Mit welchem Stolz wies er uns damals in Hofwil den unter Anleitung seines Handfertigkeitslehrers Paul Stump (der auch Stenographie unterrichtete) selbst gebastelten hölzernen Photoapparat vor, der sich dann auch wirklich als brauchbar erweisen sollte! – Nach erfolgter Patentierung im Frühjahr 1919 fand Otto von Bergen seine erste Lehrerstelle im nördlichsten Zipfel des Berner Juras, in Burg, wo es dem Protestant bestens gelang, sich in einer ausgesprochen katholischen Umgebung zurechtzufinden. In Brüttelen fand er seine erste Lebensgefährtin, die leider schon nach wenigen Jahren – das Paar war mittlerweile nach Bannwil umgezogen, woselbst Otto die Oberschule führte – einem unheilbaren schweren Leiden erlegen sollte. Es folgte seine Wahl an die Hilfsschule der Stadt Bern. Otto von Bergen führte die Oberklasse für Knaben vom Jahre 1938 an bis zu seiner im Herbst 1964 erfolgten Pensionierung, wo er sein ausgeprägtes handwerkliches Können nebst andern mitbekommenen Gaben zielbewusst und segensreich für seine ihm anvertraute Schülerschar voll einsetzen konnte. Seiner in Bern eingegangenen zweiten Ehe entspross ein Knabe.

Unser Promotionskamerad leistete während des 2. Weltkrieges Dienst als Unteroffizier und avancierte später noch zum Oberleutnant. Seine Verbundenheit mit dem Arbeiterschützenbund und anderweitigen Vereinigungen kam anlässlich der Abdankungsfeier im Krematorium, geleitet von Herrn Pfarrer Walter Gerber, auch sichtbar zum Ausdruck, indem der blumengeschmückte Sarg von Fahnen- und Standartenträgern flankiert war.

Wir 80-er haben unserm Otto von Bergen zu danken für seine treuen und langjährigen Dienste als «Schreibknecht» unserer Promotion, wie er sich auszudrücken pflegte, und wir werden seiner noch in besonderer Weise gedenken, wenn wir in diesem Jahre unsere bescheidene Feier «Fünfzig Jahre Seminaraustritt» begehen werden.

Ernst Schönmann

Organe de la Société des enseignants bernois
102^e année, Berne, 14 février 1969

Merkwürdige Praxis der BLVK?

Warum müssen pensionsberechtigte Mitglieder der Bern. Lehrerversicherungskasse noch monatliche Beiträge entrichten, wenn sie weiter amtieren? Wenn schon der Pensionsberechtigte keine Pension bezieht, sie somit der Kasse «schenkt», sollten doch mindestens die Monatsbetrifftisse dahinfallen. Sollte ein Paragraph in den Statuten schuld sein an diesem Zustand, so müsste dieser abgeändert resp. aufgehoben werden. Die AHV zieht nach dem 65. Altersjahr keine Beiträge mehr ab und richtet sogar die Rente aus.

Was sagen andere Mitglieder zu der merkwürdigen Praxis der Bern. Lehrerversicherungskasse? Soviel mir bekannt ist, gibt es keine andere Kasse, die diesen Modus pflegt.

Fritz Steiner

Wir haben die Lehrerversicherungskasse um eine Stellungnahme ersucht und danken Herrn Direktor Dr. Schmid für die hier folgende Antwort bestens.

Red.

Nach den Statuten der BLVK beginnen die Renten der Kasse mit dem Wegfall der Besoldung. Bis zu diesem Zeitpunkt sind auch die Beiträge zu bezahlen. Das Rücktrittsalter 65 (Frauen 63) ist als fakultativ zu betrachten. Nach Erreichen dieser Altersgrenze kann ein Mitglied ohne Rücksicht auf seinen Gesundheitszustand die Altersrente verlangen und sich vom Schuldienst zurückziehen. Ein obligatorischer Rücktritt besteht, gestützt auf Artikel 48 des Gesetzes über die Primarschule bzw. Artikel 58 des Gesetzes über die Mittelschulen, erst bei Erreichen des 70. Altersjahres. Es gibt auch Arbeitgeber, welche einen obligatorischen Rücktritt im Alter 65 kennen. So haben die Bundesbeamten auf Ende des Jahres, in welchem sie das 65. Altersjahr vollenden, zurückzutreten. Diese Beamten haben somit in der Regel gar nicht die Möglichkeit, nach Erreichen des 65. Altersjahres mehr als einige Monate im Bundesdienst zu verbleiben. Verschiedene Kantone und Gemeinden haben dieselbe Regelung. Es bestehen demnach wesentliche Unterschiede in den Anstellungsbedingungen, die auch einen Niederschlag in den Pensionskassen-Statuten finden können. Dem Unterzeichnenden sind 2–3 Kassen bekannt, die von den Mitgliedern nach Erreichen des fakultativen

Inhalt – Sommaire

† Otto von Bergen 1898–1969	35
Merkwürdige Praxis der BLVK?	35
Sektion Konolfingen des BLV	36
Sektion Aarwangen des BLV	36
Verein Aarhus Bern	37
Association Cuisenaire d'Ajoie	37
Mitteilungen des Sekretariates	37
Communications du Secrétariat	37
Vereinsanzeigen – Convocations	41

Rücktrittsalters keine Beiträge mehr verlangen. Die Versicherten dieser Kassen haben aber in der Regel auf Ende des Jahres, in welchem sie das Rücktrittsalter erreichen, zurückzutreten. Eine beitragsfreie Mitgliedschaft kann demnach nur während einigen Monaten bestehen.

Die meisten Pensionskassen verlangen von den Mitgliedern Beiträge, solange das Arbeitsverhältnis besteht und eine Besoldung ausgerichtet wird. Aus der Region Bern und Umgebung seien einige Kassen genannt, welche dieselben Bestimmungen über die Beitragspflicht kennen wie die BLVK:

- Eidg. Versicherungskasse (Bundespersonal)
- Versicherungskasse der bernischen Staatsverwaltung
- Pensionskasse der Stadt Bern
- Pensions- und Hilfskasse der SBB
- Pensionskasse der BLS
- Pensionskasse der Einwohnergemeinde Köniz
- Pensionskasse der Einwohnergemeinde Thun
- Pensionskasse bernischer Gemeinden
- Pensionskasse des Kantons Freiburg
- Pensionskasse der Bernischen Kraftwerke
- Pensionskasse der Kantonalbank.

Die auf den ersten Blick verführerische Idee von Herrn Steiner hätte verschiedene Konsequenzen zur Folge:

Wenn nach dem statutarischen Rücktrittsalter keine Beiträge mehr bezahlt werden, bleiben die versicherte Besoldung und der Rentenanspruch bis zur eigentlichen Pensionierung unverändert. Die Wahrscheinlichkeit für das Inkrafttreten einer Besoldungs- oder Statutenrevision während der beitragsfreien Zeit eines Mitgliedes ist bei den Kassen mit obligatorischem Rücktrittsalter 65 sehr klein. Bei der bernischen Lehrerschaft können andererseits ohne weiteres mehrere Änderungen in die Zeit der 5 möglichen beitragsfreien Mitgliedschaftsjahre fallen.

Wer bei der BLVK mit dem Erreichen des fakultativen Rücktrittsalters nicht Anspruch auf die maximale Rente hat, kann durch Verbleib im Schuldienst die fehlenden Versicherungsjahre erwerben und erhält pro Semester ein zusätzliches Prozent. Eine Beitragsbefreiung würde auch dieses Privileg in Frage stellen.

Gewinne, welche aus einem verspäteten Rücktritt entstehen können, erleichtern der Kasse die Verbesserung der Versicherungsleistungen und den Einbau von generellen Besoldungserhöhungen, wie dies auf den 1. Januar 1969 beispielsweise der Fall war.

Die Pensionskassen können mit der AHV nicht in allen Teilen verglichen werden. Aus administrativen Gründen wäre es nicht möglich, die AHV-Beiträge über das Rücktrittsalter hinaus zu beziehen. Die Abgrenzung, wann ein effektiver Rücktritt erfolgt, wäre praktisch unmöglich. In diesem Zusammenhang sei lediglich an die Situation der Selbständigerwerbenden oder Arbeitslosen erinnert sowie an die Tatsache, dass jegliches Einkommen AHV-beitragspflichtig ist.

Bei einer Versicherungskasse müssen wir zwischen den aktiven Mitgliedern und den Rentenbezügern unterscheiden. Wer gesund und arbeitsfähig ist und eine Besoldung bezieht, entrichtet einen Beitrag an dieses Sozialwerk. Jede Sozialversicherung ist auf die Solidarität seiner aktiven Mitglieder angewiesen.

Bernische Lehrerversicherungskasse
Der Direktor: Schmid

Sektion Konolfingen des BLV

Der erfreulich gut besuchten Sektionsversammlung des Bernischen Lehrervereins boten im Singsaal des Sekundarschulhauses Konolfingen 2 Schulklassen der Sekundarschule unter Fr. Bürki (z. Zt. zugleich Sektionspräsident) mit frischen Liedervorträgen eine willkommene Einleitung. Der gesunden und unverdorbenen Jugend und ihrer Erziehung galt anschliessend auch der erste Teil der einberufenen Versammlung mit der Vorführung des Tonfilms «Schön war die Jugendzeit» von Henry Brandt. (Eine ländliche Gesamtschule und ihr pädagogisch überragender Lehrer finden in den einfachen Verhältnissen eine wahrheitsgetreue Schilderung, ebenso die geschlossene Dorfgemeinschaft im neuenburgischen Jura mit ihrer anspruchslosen Bevölkerung.)

Der geschäftliche Teil der Tagung galt vorerst einer Orientierung über das seit langem angestrebte 5. Ausbildungsjahr für Lehrkräfte. Das von einer Kommission bereits ausgearbeitete Modell einer künftigen Gestaltung mit betonter Vertiefung der Schulung ist vorläufig noch aufgeschoben, um zuvor das Problem der Fortbildung mit den Versionen «obligatorisch oder fakultativ» zu lösen. – In Besoldungsangelegenheiten wird die Frage des vollen Einbaus der Wohnungszuschläge erörtert; anbegehr wird auch eine Neuordnung der Dienstaltersgeschenke in Anpassung an die für die Staatsbeamten gültige Regelung. Bezüglich des obligatorischen Themas für das Jahr 1969 steht das infolge Verschwinden des unverbindlichen Lehrplanes bedingte Vorhaben des BLV im Vordergrund, einen Ersatz zu schaffen durch die Herausgabe von losen Blättern, die von Arbeitsgruppen zu den einzelnen Fächern ausgearbeitet werden, wobei pro 1969 mit den Realfächern der Anfang gemacht werden soll. Um den bei der Stellenbesetzung im Frühjahr 1969 zu erwartenden Überschuss an Neupatentierten nicht in andere Kantone abspritzen zu lassen, steht in Erwagung, diese Kräfte mit einem Wartegeld und Einberufung zu Kursen während der Zeit des Stellvertreterbedarfs (Juni bis November) zu sichern.

H. Stampbach

Sektion Aarwangen des BLV

An der Quartalszusammenkunft in Langenthal ermöglichte uns Kollege Rudolf Strahm von Burgdorf, Einblicke zu nehmen, in das Zustandekommen unseres «Zahltags» und zwar im Hinblick auf die «Vorgänge hinter den Kulissen» und auf die Zusammensetzung unseres Gehalts. Wir hörten mit Genugtuung von der 6%igen Lohnaufbesserung, die dem Staatspersonal wie der Lehrerschaft gewährt wurden. Dass die Wohnungsentschädigung einheitlich in den Grundlohn eingebaut werden sollte, und zwar aufgrund der Klasse fünf, wie Biel und Ostermundigen das zugestanden erhielten, ist ein ernst zu nehmender Vorschlag. So würde dem Teuerungsanstieg jeweils Rechnung getragen, was bei der starren Einstufung in Klassen – die alles andere als gerecht waren – nicht erfolgte.

Ein anderes Anliegen sind die Dienstaltersgeschenke, die alle fünf Jahre ab zehn Dienstjahren ausbezahlt werden, aber nur den Staatsanteil betreffen sollen.

Präsident Harald Schraag konnte die nicht sehr grosse Schar «Landlehrer» durch Bezug dieses Referenten bestimmt von seinen Bemühungen überzeugen, auch auf diesem Bereich des Lehrerberufes sein möglichstes zu bieten. Die Forderungen an die Schule, an die Lehrkräfte, an die Erzieher sind nämlich weiterum gestellt.

W. Stuber



Aktion BLV
VEREIN AARHUS BERN

PC: 30-106 Kantonalbank Bern
(Kto. 922011 · OB · Verein Aarhus)

Weshalb führt der Bernische Lehrerverein eine Hilfsaktion zugunsten der beiden Schulheime des Vereins Aarhus durch? Werden nicht alle Auslagen von der Invalidenversicherung (IV), vom Staat oder von der Stadt gedeckt? Soche Fragen wurden nach dem ersten Aufruf im Schulblatt oft an uns gestellt.

Dass trotz den grossen Leistungen seitens der IV und des Staates unsere Heime für grössere Anschaffungen und Umbauarbeiten auf Spenden und Sammlungen angewiesen sind, sollen die folgenden Angaben zeigen.

Beiträge

Invalidenversicherung

Schul- und Kostgeld. Über das Wochenende, in den Ferien oder wenn das Kind krankheitshalber fehlt, fallen diese Leistungen aus
Pro Physio- oder Beschäftigungs-therapiestunde.....

Schüler	intern	extern
Fr.	Fr.	
10.-	8.-	
13.-	13.-	

Fürsorgedirektion, Staatsbeitrag

Nur pro Aufenthaltstag	2.-	2.-
<i>Schulbeitrag</i> pro Quartal, wird auch ausbezahlt, wenn das Kind wegen Krankheit fehlen muss	90.-	
<i>Schulbeitrag</i> , wird aber nur für jeden Aufenthaltstag ausgerichtet		2.

Eltern

Pro Kind und Jahr	720.-	360.-
-------------------------	-------	-------

Anzahl der Schüler: intern 23, extern 9

Da unsere Kinder manchmal während mehrerer Wochen oder sogar Monate fehlen müssen (Spitalaufenthalte), erleiden wir erhebliche finanzielle Ausfälle.

In den beiden Heimen arbeiten gegenwärtig 1 Physiotherapeut, 2 Physiotherapeutinnen und 1 Beschäftigungs-therapeutin.

Täglich kommt ein Kind den Verein Aarhus auf Fr. 45.- bis Fr. 50.- zu stehen.

Um mehr Schul- und Aufenthaltstage berechnen zu können, sind wir gezwungen, 4 Wochen weniger Ferien als die städtischen Schulen zu gewähren.

Der erste Beitrag an die soeben gestartete Aktion wurde uns ausgerechnet am Abend unserer Heimweihnachten von einem Lehrer und ein paar Schülern einer Sekundarschule überreicht. Am Neujahrstag wurde uns eine hübsche Summe einer andern Schule sowie einer Sonntagschule gebracht. Das war ein verheissungsvoller Anfang!

O. B.

L'Ecole bernoise

Association Cuisenaire d'Ajoie

Fiches de problèmes

La 2^e édition des fiches de problèmes «Les Nombres en Couleurs» est sortie de presse il y a quelques semaines. Elle ne le cède en rien, comme présentation, à la première édition, dont le succès fut remarquable puisque les 60 000 fiches éditées furent épuisées en moins d'une année.

L'édition d'aujourd'hui constitue un matériel de choix dont nous ne saurions assez recommander l'acquisition aux maîtres et aux maîtresses du degré inférieur. Im-

primé sur un fort beau papier-carton de couleur, en format A 5, chaque fichier comprend 148 fiches de 5 problèmes chacune, soit au total 740 problèmes élaborés par les membres de l'Association Cuisenaire d'Ajoie. Ces problèmes se répartissent ainsi: les nombres de 10 à 20, puis les nombres-produits de 20 à 100, avec 4 fiches pour chaque nombre traité.

Nous prions les collègues que ces fiches de problèmes intéressent de passer leur commande sans tarder à l'Association Cuisenaire d'Ajoie, chemin de la Gare 8, 2900 Porrentruy, et d'en verser le montant au CCP 25-6978 (prix du fichier: Fr. 14.-, emballage et port compris).

Comité de l'Association Cuisenaire d'Ajoie

Mitteilungen des Sekretariates

Die Dienstaltersgeschenke

Revision des Dekretes vom 3. Februar 1965

Neben der Reallohnerhöhung von 6% hat der Grossen Rat dem Staatspersonal ab 1. 1. 1969 eine wesentliche Verbesserung der Dienstaltersordnung gewährt: Die Anzahl der Dienstaltersgeschenke (DAG) wurde von 2

Communications du Secrétariat

Les gratifications pour années de service

Revision du décret du 3 février 1965

En plus de l'augmentation de 6% des traitements de base au 1^{er} janvier 1969, le Grand Conseil a concédé aux fonctionnaires de l'Etat une amélioration sensible de la prime à la fidélité: le nombre des gratifications pour

auf 6 erhöht. In Zukunft wird das Staatspersonal eine volle zusätzliche Monatsbesoldung nach 20, 25, 30, 35, 40 und 45 Dienstjahren beim Staat erhalten (bisher nach 25 und 40 Dienstjahren).

Grundsätzlich haben die kantonalen Behörden der Lehrerschaft denselben Anspruch zuerkannt, konnten ihn aber mangels gesetzlicher Grundlage nicht sofort verwirklichen. Das Gesetz vom 29. September 1968 über die Beitragsleistungen hatte die Lasten auch im Schulwesen vermehrt auf die Gemeinden verlegt; im Rahmen dieser neuen Politik war der Staat bereit, uns gleich viel Dienstaltersgeschenke wie dem Staatspersonal zu gewähren, jedoch nur in der Höhe seines eigenen Anteiles an der Besoldung. Die endgültige Lösung, die es anzustreben galt, bestand darin, die Gemeinden dazu zu verpflichten, ihren Anteil an den DAG zu leisten; dies macht aber eine Revision des Lehrerbesoldungsgesetzes nötig. Um jedoch die Reallohnheröhung, die zum ersten Mal in der Kompetenz des Grossen Rates lag und daher keiner Volksabstimmung bedurfte, nicht zu gefährden, kam der BLV mit den Direktionen der Finanzen und der Erziehung überein, er werde im Laufe des Jahres 1969 einen Vorschlag unterbreiten und dabei prüfen, ob gleichzeitig die Anregung der Erziehungsdirektion verwirklicht werden könnte, die Wohnungszuschläge in die Grundbesoldung einzubeziehen. Eine kleine technische Kommission machte sich sogleich an die Arbeit, um dem Kanton vorstand bis Ende März Vorschläge zu unterbreiten.

Am 22. Januar 1969 erfuhren wir zu unserer Überraschung, dass der Regierungsrat am 7. Januar 1969 dem Grossen Rat auf die Februar-Session hin eine Revision des Dekretes vom 3. Februar 1965 beantragte, wonach der Staat der Lehrerschaft nach 20, 25, 30, 35, 40 und 45 Jahren im Dienste des Kantons ein DAG in der Höhe des Staatsanteiles an der Besoldung ausrichten würde.

Die Direktionen des Erziehungswesens und der Finanzen sahen in dieser Revision einen ersten Schritt auf das obenerwähnte Endziel hin. Die ED hat ihrem Bedauern Ausdruck gegeben, dass infolge einer Verkettung unglücklicher Umstände der BLV nicht rechtzeitig orientiert wurde.

Eine Prüfung der Vorlage zeigte sehr rasch, dass diese unsere legitimen Ansprüche nicht einmal als Zwischenlösung befriedigen konnte, und zwar aus 2 Hauptgründen:

1. Die Kollegen, die seit Jahren damit rechneten, nach 25 oder 40 Dienstjahren eine volle Monatsbesoldung zusätzlich zu beziehen, wären tief enttäuscht, wenn sie sich plötzlich mit dem Staatsanteil, d. h. mit 25 bis 70% der erwarteten Summe, begnügen müssten.
2. Gesamthaft gesehen würde die neue Formel der Lehrerschaft kaum einen Vorteil bringen. Die Summe der 5 Teil-DAG, die ein Lehrer während seiner Laufbahn praktisch beziehen könnte, würde durchschnittlich kaum mehr als die bisherigen 2 vollen Monatsbesoldungen ausmachen.

Die folgenden Zahlen, die das Sekretariat BLV zusammengestellt und mit amtlichen Zahlen verglichen hat, lassen dies klar erkennen:

années de service a passé de 2 à 6. A l'avenir, le personnel touchera un salaire mensuel supplémentaire après 20, 25, 30, 35, 40 et 45 ans passés au service de l'Etat, non plus après 25 et 40 ans seulement.

Les autorités cantonales ont reconnu au corps enseignant les mêmes droits, en principe, sans toutefois pouvoir les lui attribuer immédiatement, faute de base légale. L'Etat qui, par la Loi du 29 septembre 1968, venait de se décharger sur les communes dans le domaine scolaire, entre autre, était prêt à nous accorder des gratifications aux mêmes dates qu'aux fonctionnaires, mais seulement pour la part de traitement qui lui incombe. La solution définitive à viser était d'obliger les communes à verser leur part de ces gratifications; pour ce faire, il fallait réviser la Loi sur les traitements. Pour ne pas mettre en péril la révision de nos traitements, révision qui pour la première fois était de la compétence du Grand Conseil et ne nécessitait pas de votation populaire, la SEB est convenue avec les Directions des finances et de l'instruction publique qu'elle présenterait plus tard, au cours de 1969, un projet de révision de la loi, comprenant aussi, éventuellement, une réforme des allocations pour frais de logement, conformément à une suggestion de la DIP. Une petite commission technique s'est aussitôt mise à l'étude de ces questions complexes, dans l'intention de soumettre ses conclusions au Comité cantonal à fin mars au plus tard.

Le 22 janvier 1969, nous apprenions à notre grande surprise que le Conseil-exécutif présentait au Grand Conseil, pour la session de février, une révision de décret du 3 février 1965, selon laquelle l'Etat nous verserait une mensualité de sa propre part de traitement après 20, 25, 30, 35, 40 et 45 ans de service.

Les Directions de l'instruction publique et des finances avaient préparé cette révision afin, disent-elles, de faire sans tarder un premier pas vers le but final visé. La DIP s'est excusée d'avoir, ensuite d'un concours malheureux de circonstances, omis de nous en aviser à temps.

Une analyse du projet montra très rapidement qu'il ne pouvait satisfaire, fût-ce à titre provisoire, nos revendications légitimes, et ceci pour 2 raisons principales:

1. Les collègues qui comptaient depuis longtemps toucher sous peu une mensualité supplémentaire pour 25 ou 40 ans de service, seraient fort déçus de devoir se contenter de la seule part de l'Etat, donc de 25 à 70% de la somme attendue.
2. Dans l'ensemble, le corps enseignant ne profiterait guère de la nouvelle formule. En effet, le total des 5 gratifications partielles qu'un enseignant pourrait pratiquement toucher au long de sa carrière ne représenterait, en moyenne, guère plus que les 2 mensualités intégrales auxquelles la formule actuelle lui donne droit.

Cette estimation ressort des chiffres suivants, établis par le Secrétariat SEB et dont la comparaison avec des chiffres officiels permet de conclure qu'ils sont suffisamment exacts:

Gruppe Kl.	I 40/39	II 38-30	III 29-20	IV 19-10	V 9-1	total	Groupe cl.
a) Verteilung der Primarlehrerschaft auf die Beitragsklassen (Kl. 40: reichste, Kl. 1: ärmste Gemeinden)	1120	701	540	814	580	3755	a) Répartition du corps enseignant primaire sur les classes de quote-parts de traitement (cl. 40: communes riches, cl. 1: communes pauvres)
b) Davon mit wenigstens 20 Dienstjahren	490	209	171	233	117	1220	b) dont ayant 20 ans de service au moins («chevonnés»)
c) b in % von a	43,7	29,8	31,6	28,6	20,1	32,5	c) b en % de a
d) Verteilung der Lehrer mit wenigstens 20 Dienstjahren auf die Gruppen, in %	40,2	17,1	14,0	19,1	9,6	100	d) répartition des «chevonnés» sur les groupes, en %
e) Mittlerer Staatsanteil je Gruppe an der Besoldung (2. Lohnmaximum nach LBG) in %	28	35	44	56	67	(3/7)	e) part de l'Etat aux traitements des «chevonnés», moyenne des groupes, en %

Unter Berücksichtigung des relativen Gewichtes der 5 Gruppen stellen wir fest, dass der Staatsanteil durchschnittlich ungefähr 40% der gesetzlichen Besoldung beträgt und dass daher 5 Teil-DAG ($5 \times 40\%$) gesamthaft nur den bisher gewährten 2 vollständigen Monatsbesoldungen (200%) entsprächen. (Das 6. DAG kann man vernachlässigen; 45 Dienstjahre bilden eine seltene Ausnahme heutzutage.)

Um diese Nachteile auszuschalten, haben wir folgende Abänderungen am Entwurf des Regierungsrates beantragt:

1. Bis das abgeänderte Lehrerbesoldungsgesetz die Gemeinden dazu verpflichtet, ihren Anteil an den DAG zu leisten, lässt der Staat weiterhin nach 25 und 40 Dienstjahren dem Lehrer eine volle Monatsbesoldung ausrichten. Nach 20, 30, 35 und 45 Dienstjahren soll das DAG dem Staatsanteil an der Besoldung entsprechen.
2. Der Staatsanteil an den DAG wird in die Gemeindekasse fließen, wenn die Gemeinde eine eigene DAG-Ordnung eingeführt hat, die wenigstens der obengenannten endgültigen Lösung entspricht, doch nur unter der Bedingung, dass die Gemeinde die Dienstjahre an andern Schulen im Kanton anerkennt. Andernfalls soll der Lehrer die DAG des Staates und der Gemeinde gesondert und zu verschiedenen Zeitpunkten direkt erhalten.

Wir schätzen, dass unsere Variante (die ebenfalls nur eine Übergangslösung darstellt) ungefähr 60% mehr kosten würde als die seit 1956 in Kraft stehende; die drei Teil-DAG (von durchschnittlich 40%), die zu den bisherigen 2 vollen Monatsbesoldungen hinzukämen, würden gesamthaft 1,2 Monatsbesoldungen ausmachen, also 60% von 2 Besoldungen. Für seine eigenen Bediensteten hat der Staat eine Verbesserung um gegen 150% zugestanden, da er ihnen 5 (bis 6) Monatsbetreffnisse an Stelle der bisherigen 2 ausrichtet.

Bei diesen Berechnungen haben wir von der reellen und nominellen Entwicklung der Besoldung abgesehen, da es sich nicht darum handelt, die Vergangenheit mit der Zukunft zu vergleichen, sondern 2 für 1969 und den folgenden Jahren in Konkurrenz stehende Varianten. Aus demselben Grund haben wir die Übergangsordnung aus dem Spiel gelassen; diese bietet in sehr entgegenkommender Weise denjenigen einen Ausgleich, die das Pech hatten, 1 bis 2 Jahre vor Einführung der

Compte tenu du poids relatif des 5 groupes, nous constatons qu'en moyenne la part de l'Etat est d'environ 40% du traitement légal et que 5 mensualités ($5 \times 40\%$) ne correspondent, au total, qu'aux 2 mensualités intégrales (200%) prévues par la formule encore en vigueur. (L'effet de la 6^e gratification est négligeable; 45 ans de service sont, pour la génération actuelle des chevonnés, une exception rare.)

Pour obvier à ces inconvénients, nous avons postulé les modifications suivantes au projet du Conseil-exécutif:

- 1^o Jusqu'à ce que la loi sur les traitements oblige les communes à verser leur part des gratifications, l'Etat prendra à sa charge une mensualité intégrale après 25 et 40 ans de service de l'enseignant, comme jusqu'ici. Pour 20, 30, 35 et 45 ans de service, la gratification correspondra à la part légale de l'Etat au traitement.
- 2^o Les communes qui auront introduit une formule locale au moins équivalente à la solution définitive visée (5-6 mensualités intégrales) encaisseront la part de l'Etat, mais seulement si elles reconnaissent les années vouées au service d'autres écoles à l'intérieur du canton. Sinon, l'enseignant touchera directement, séparément et à des dates différentes les gratifications de l'Etat et de la commune.

Nous estimons que notre variante (qui ne saurait être que transitoire, elle aussi) coûterait environ 60% de plus que la formule en vigueur depuis 1956, puisque les 3 mensualités partielles (de 40% en moyenne) qui viendraient s'ajouter aux 2 mensualités intégrales versées jusqu'ici représenteraient au total 1,2 mensualité (donc 60% de 2 mensualités). Pour ses fonctionnaires, l'Etat a consenti une amélioration de près de 150%, puisqu'il leur octroie 5 (à 6) mensualités, contre 2 jusqu'ici.

Dans ces calculs, nous avons fait abstraction de l'évolution des traitements (augmentation réelle et nominale), puisqu'il s'agit de comparer non pas l'avenir au passé, mais deux variantes en concurrence pour 1969 et les années suivantes. Pour la même raison, nous n'avons pas non plus tenu compte des prescriptions de passage qui offrent très loyalement une compensation équitable à ceux qui ont eu la malchance de manquer la date faste de 1-2 ans. (Ils toucheront $\frac{2}{3}$ et $\frac{1}{2}$ de la gratification qui leur serait revenue s'ils n'avaient fêté leur cycle quinquennal qu'en 1969). Pour la première année, cette formule doublerait environ la dépense de l'Etat; dès 1970,

Neuordnung die Voraussetzung für ein DAG zu erfüllen. (Vorgesehen sind $\frac{2}{3}$ bzw. $\frac{1}{2}$ des DAG, das sie zugute gehabt hätten, wenn sie das entsprechende Dienstalter erst 1969 aufgewiesen hätten.) Im Einführungsjahr würde diese zusätzliche Leistung die Auslagen des Staates ungefähr verdoppeln; von 1970 an würde die Belastung auf das Normalniveau zurückfallen, d. h. auf etwa 160% der Variante vom 7. Januar oder der bisherigen Lösung.

Im Einverständnis mit den Lehrergrossräten hat der Leitende Ausschuss die ED ersucht, die Vorlage zurückzuziehen, einen Einigungsvorschlag mit der Finanzdirektion und dem BLV anzustreben und diesen auf die Mai-Session hin einer besonderen parlamentarischen Kommission zu unterbreiten; diese sollte, wenn möglich, aus denselben Grossräten zusammengesetzt sein, die schon 1968 diese Fragen begutachtet haben.

Wir danken Herrn Regierungsrat Kohler dafür, dass er unserem Antrag sofort entsprochen hat.

Für den Leitenden Ausschuss BLV
Der Präsident: *Kurt Vögeli*
Der Zentralsekretär: *Marcel Rychner*

Genügen unsere Altersrenten?

In letzter Zeit wurde uns von verschiedenen Seiten gemeldet, die *Erböhung des Koordinationsabzuges* in der bernischen Lehrerversicherungskasse (BLVK) habe Kollegen beunruhigt. Es bestehen offenbar falsche Vorstellungen, auch im Zusammenhang mit der AHV-Rente, und es dürfte daher nützlich sein, einiges darüber auszuführen.

Die BLVK hat sich von der AHV *nicht anerkennen lassen* (sowenig als die grosse Mehrzahl der Kassen), d. h. *sie zahlt ihre Renten völlig getrennt von der AHV aus*. Bei der Festsetzung des Verhältnisses zwischen der versicherten Besoldung und der Bruttobesoldung hingegen muss sie, neben andern wichtigen Faktoren, auch insofern auf die Höhe der AHV-Leistungen Rücksicht nehmen, als die *Summe der AHV-Renten und der Kassenrenten einschliesslich der freiwilligen Teuerungszulagen* des Staates in einem angemessenen Verhältnis zum letzten Einkommen stehen sollte. *Dieses Alterseinkommen sollte nach mehrfach ausgedrückter Auffassung der Organe der Lehrerschaft (BLV, BLVK) für unsere Besoldungskategorien etwa zwischen 70 und 90% der Bruttobesoldung liegen*.

Für die meisten Neupensionierten ist dieses Postulat gegenwärtig erfüllt, falls sie auf Grund ihrer Dienstjahre bzw. Einzahlungen von der Kasse und von der AHV annähernd das Maximum der Rente zugute haben. Im Berner Schulblatt vom 31. Januar haben wir die gesetzlichen Besoldungen ab 1. 1. 1969 sowie die daraus abgeleiteten Maximalrenten zusammengestellt. Zählen wir die neue Ehepaaraltersrente von Fr. 640.– monatlich dazu, so ergeben sich Alterseinkommen gemäss untenstehender Tabelle. Sie liegen im postulierten Rahmen. Beim konkreten Vergleich darf auch berücksichtigt werden, dass die Nettoauszahlungen vor der Pensionierung nur etwa 90% der Bruttobesoldung ausmachen, während das Alterseinkommen ohne irgendwelche Abzüge ausgerichtet wird.

Warum ist ein Koordinationsabzug nötig? So wird oft gefragt. Nun: *Er muss die nivellierende Wirkung der AHV-Rente mildern*. Diese Rente beträgt nämlich für die mei-

celle-ci retomberait au niveau normal, soit 160 % environ de la variante du 7 janvier ou de la solution traditionnelle. D'accord avec les enseignants-députés et la petite commission technique, le Comité directeur a demandé à la DIP de retirer le projet, de tâcher d'élaborer un projet d'entente avec la Direction des finances et la SEB et de le soumettre ensuite, à l'intention de la session de mai, à une commission parlementaire spéciale composée, si possible, des députés qui s'étaient penchés sur ces matières en 1968 déjà.

Nous remercions M. le conseiller d'Etat S. Kohler d'avoir aussitôt accédé à notre demande.

Pour le Comité directeur SEB
Le président: *Kurt Vögeli*
Le secrétaire central: *Marcel Rychner*

Nos rentes de vieillesse suffisent-elles?

Ces derniers temps, nous avons été rendu attentif à plusieurs reprises à ce que *l'augmentation de la déduction de coordination* opérée par la Caisse d'assurance du corps enseignant bernois (CACEB) a inquiété des collègues. Il semble qu'on se fasse ça ou là des idées erronées sur notre assurance, en relation avec les rentes d'AVS. Quelques précisions pourraient donc être utiles.

La CACEB, pas plus d'ailleurs que la plupart des caisses de pension, ne s'est fait «reconnaitre» par l'AVS; autrement dit, *elle verse ses rentes indépendamment de l'AVS*. Par contre, à part d'autres facteurs importants, elle tient compte, en fixant la relation entre le traitement assuré et le traitement brut, des prestations que l'assuré touchera de l'AVS. En effet, il s'agit de faire en sorte que *le revenu total du retraité*, soit la rente de la CACEB, les allocations de cherté versées sans obligation légale par l'Etat et la rente d'AVS, corresponde à une part raisonnable du dernier revenu. Ces rentes cumulées devraient, selon l'avis maintes fois exprimé des organes de la CACEB et de la SEB, se placer entre 70 et 90% du revenu brut.

Ce postulat est actuellement réalisé en ce qui concerne la plupart des nouveaux rentiers, pour peu que leurs années de service et les primes payées leur donnent droit à des prestations proches du maximum possible. Dans l'«Ecole bernoise» du 31 janvier, nous avons présenté un tableau des traitements légaux en vigueur dès le 1er janvier 1969 ainsi que des rentes maximales qui en découlent. Si à ces rentes nous ajoutons la nouvelle rente pour couple de l'AVS, soit Fr. 640.– par mois, nous obtenons les chiffres groupés ci-dessous. Ils se meuvent dans le cadre postulé. Une comparaison réaliste tiendra compte du fait que le traitement n'est jamais versé qu'à 90% environ, tandis que les rentes sont nettes de toute retenue.

A quoi sert la déduction de coordination? A cette question souvent posée, nous répondrons: *A atténuer le nivelllement causé par la rente d'AVS*. Cette rente est la même pour la plupart des enseignants à salaire entier, soit le maximum de Fr. 7680.– par an pour les mariés et de Fr. 4800.– pour les célibataires. Il est évident que cette somme fixe représente un apport dont l'importance relative (en %)

sten vollamtlichen Mitglieder des Lehrkörpers gleich viel, nämlich das Maximum von Fr. 7680.– für Verheiratete und Fr. 4800.– für Ledige. Dies macht bei einer niedrigeren Besoldung bzw. Kassenrente einen prozentual stärkeren Zuschlag zur Rente aus als für höhere Besoldungsstufen. Will man verhindern, dass das Alterseinkommen dageinst höher liegt als die letzte Bruttobesoldung, was psychologisch unglücklich und politisch kaum tragbar wäre, *muss man entweder einen prozentualen oder einen festen Anteil an der Bruttobesoldung unversichert lassen; man kann auch beide Arten von Abzügen verbinden*, wie in unserer Kasse. (Ein anderes Mittel bestünde in der Ansetzung eines tieferen Rentensatzes, z. B. 55 oder 60%.) – Unsere Kasse wendet dieselben Normen an wie die der Staatsverwaltung, was viele technische und politische Vorteile bietet. Für die staatliche Kasse ist es viel schwieriger als für die unsrige, den Koordinationsabzug richtig zu bemessen, da die Spanne zwischen den tiefsten und den höchsten zu versichernden Besoldungen, also etwa vom Wegmeister bis zum Regierungsrat, viel weiter ist als bei uns von der Kindergärtnerin bis zum Gymnasiallehrer.

Beim *Vergleich mit andern Kassen muss man*, um gerecht zu sein, *alles mitberücksichtigen*: den versicherten Anteil an der Bruttobesoldung, den Koordinationsabzug, die Rentenskala, die ordentlichen Beiträge des Versicherten und des Arbeitgebers, die ausserordentlichen Beiträge beider Partner bei individuellen und kollektiven Erhöhungen der versicherten Besoldung, die Teuerungszulagen auf den Renten usw. *Gesamthaft gesehen steht unsere Kasse im Vergleich zu den andern gut da.*

Wir werden bei Gelegenheit andere Leistungen näher beleuchten, wie die Renten bei vorzeitiger Invalidierung, die Hinterlassenenrenten, das Einkommen der Altrentner usw. Die Verwaltungskommission wird demnächst die Wünschbarkeit einer *Generalrevision der Statuten* prüfen. Eine Reihe von Wünschen liegen bereits vor. Vielleicht tauchen noch weitere auf?

Die Frage, die wir als Titel unseren Ausführungen vorgestellt haben, kann also ruhig bejaht werden: *Unsere Altersrenten genügen, ja, sind gut bemessen*, jedenfalls die Neurenten; dass auch die Altrentner und andere Bezieher nicht vergessen wurden, werden wir ein andermal zeigen.

M. Rychner, Zentralsekretär

diffère sensiblement selon le niveau du traitement. Si l'on veut éviter, par exemple, que les rentes cumulées ne dépassent le dernier revenu touché, ce qui ne serait ni souhaitable au point de vue psychologique, ni raisonnable au point de vue politique, *il faut laisser non assurée soit une part proportionnelle, soit une part fixe du traitement brut, ou combiner les deux méthodes*, comme le fait notre caisse. (On peut aussi abaisser l'échelle de rentes, par exemple à 55 ou 60%). Notre caisse applique les mêmes normes que celle de l'Etat, ce qui présente maints avantages techniques et politiques. Or, pour la caisse de l'Etat, il est beaucoup plus difficile que pour la nôtre de fixer correctement le montant à déduire pour la coordination; en effet, l'éventail des traitements est largement plus ouvert entre les cantonniers et les conseillers d'Etat qu'entre les maîtresses frœbeliennes et les professeurs de gymnase.

Si l'on se met à établir des *comparaisons entre différentes caisses*, il faut donc, pour être juste, *tenir compte de tous les éléments majeurs*, tels que la relation entre le traitement assuré et le traitement brut, la déduction de coordination, l'échelle des rentes, les cotisations ordinaires de l'assuré et de l'employeur, les cotisations extraordinaires des deux partenaires lors d'augmentations individuelles et collectives de l'assurance, les allocations de cherté servies aux retraités, etc. *Tout compris, notre caisse fait bonne figure parmi les autres.*

A une prochaine occasion, nous analyserons d'autres prestations, telles que les rentes pour invalidité prématurée, les rentes de survivants, les revenus des anciens retraités, etc. La commission d'administration examinera sous peu s'il y a lieu de procéder à une *revision générale des statuts*. Elle est en possession d'une série de vœux y relatifs. D'autres vont-ils apparaître?

Pour revenir à la question qui nous a servi de titre, nous pouvons y répondre tranquillement par oui: *Nos rentes sont suffisantes, voire assez larges*, du moins au début. Nous essaierons de démontrer une autre fois que les anciens retraités n'ont pas été oubliés, ni les autres bénéficiaires.

M. Rychner, secrétaire central

Vereinsanzeigen – Convocations

Einsendungen für die Vereinsanzeigen in Nr. 9 müssen spätestens bis *Freitag, 21. Februar, 7 Uhr* (schriftlich) in der Buchdruckerei Eicher & Co., Postfach 1342, 3001 Bern, sein. Dieselbe Veranstaltung darf nur einmal angezeigt werden.

Offizieller Teil – Partie officielle

Kantonaler Verband bernischer Arbeitslehrerinnen. Hauptversammlung: Samstag, 22. Februar, 13.30 im Palmensaal, Zeughausgasse 39, 1. Stock, Bern. 1. Traktanden. Geschäftliches: Protokoll, Jahresbericht, Jahresrechnung, Wahlen a) einer Rechnungsrevisorin, b) einer Delegierten in den SALV, Tätigkeitsprogramm, Verschiedenes. 2. Vortrag mit Lichtbildern von Pfr. R. Haller «Afrika woher – wohin».

Nichtoffizieller Teil – Partie non officielle

Lehrergesangverein Konolfingen. Probe: Donnerstag, 20. Februar, 16.30 im Sekundarschulhaus Konolfingen.

Lehrergesangverein Thun. Proben jeden Donnerstag 16.45 in der Aula des Seminars.

Lehrerturnverein Burgdorf. Turnhallen Gsteighof, Montag, 17. Februar, 17.30 Lektion aus der Schweiz. Mädchenturnschule, 18.00 Korfball, Volleyball.

Vereinigung pensionierter Lehrer und Lehrerinnen, Region Thun. Ordentliche Hauptversammlung: Dienstag, 18. Februar, Gasthof «Zum Lamm» im Gwatt bei Thun (Autobus ab Bahnhof Thun bis Endstation Gwatt). Beginnpunkt 14.00. 1. Kurze Begrüssung durch den Präsidenten. 2. Lichtbilder von einer Rhein-Mosel-Fahrt, gezeigt und kommentiert von Kollege Walter Huber. 3. Ab ca. 15.00 Hauptversammlung. a. Jahresbericht, Mutationen. b. Jahresrechnung pro 1968, Jahresbeitrag pro 1969. c. Tätigkeitsprogramm 1969. Vorschläge für Sommerfahrt und Herbstveranstaltung nimmt der Präsident gerne vor der Versammlung entgegen. d. Verschiedenes und Aussprache. Ab ca. 16.00 Zvieri und gemütliches Beisammensein bis ca. 18.00.

Redaktion: Hans Adam, Olivenweg 8, 3018 Bern/Postfach, Telefon 031 56 03 17.

Alle den Textteil betreffenden Einsendungen, ob für die Schweizerische Lehrerzeitung oder das Berner Schulblatt bestimmt, an die Redaktion.

Bestellungen und Adressänderungen an das Sekretariat des BLV, Brunngasse 16, 3011 Bern, Telefon 031 22 34 16, Postcheck 30-107 Bern.

Redaktor der «Schulpraxis»: H.-R. Egli, Lehrer, 3074 Muri bei Bern, Breichtenstrasse 13, Telefon 031 52 16 14.

Abonnementspreis per Jahr: für Nichtmitglieder Fr. 24.50 (inkl. «Schulpraxis» Fr. 32.-), halbjährlich Fr. 12.25 (16.-).

Insertionspreis: 50 Rp. die einspaltige Millimeterzeile.

Annocenregie: Orell Füssli-Annocen AG, 3001 Bern, Zeughausgasse 14, Telefon 031 22 21 91, und übrige Filialen.

Druck: Eicher & Co., Postfach 1342, 3001 Bern.

Rédaction pour la partie française: Francis Bourquin, 5, chemin des Vignes, 2500 Biel, tél. 032 2 62 54.

Prière d'envoyer ce qui concerne la partie rédactionnelle (y compris les livres) au rédacteur.

Pour les changements d'adresses et les commandes, écrire au Secrétariat de la SEB, Brunngasse 16, 3011 Berne, téléphone 031 22 34 16, chèques postaux 30-107 Berne.

Prix de l'abonnement par an: pour non-sociétaires 24 fr. 50 («Schulpraxis» inclus 32 fr.), six mois 12 fr. 25 (16 fr.).

Annonces: prix pour la ligne d'un millimètre, une colonne 50 ct.

Régie des annonces: Orell Füssli-Annoces S. A., 3001 Berne, Zeughausgasse 14, téléphone 031 22 21 91, et autres succursales.

Impression: Eicher & Co., Case postale 1342, 3001 Berne.

Pflegevorschule «Belmont»

Das ideale Welschlandjahr für angehende Krankenschwestern. Französischunterricht in Gruppen, Allgemeinbildung, Hauswirtschaft, häusliche Krankenpflege, Säuglingspflege, Vorkurs für die Krankenpflegeschule, Sport und Wanderungen.

Montreux

Kursbeginn: 14. April 1969
Nähere Auskunft erteilt die Leitung der Pflegevorschule «Belmont», 1820 Montreux, Telefon 021 61 44 31

Die Werkstätten für neuzeitliche Wohnungseinrichtungen

Besuchen Sie unsere Wohnausstellung in Worb mit 40 Musterzimmern

Schmaller
möbel
möbel
MÖBELFABRIK WORB E. Schmaller AG

Alle Bücher

Bern, Marktgasse 25
Telefon 031 22 68 37
Biel, Dufourstrasse 17
Telefon 032 25 737
Gstaad, Telefon 030 415 71
Gute Bedienung

Buchhandlung Scherz

**Bücher
Scherz**

Prompter Bestelldienst

Auf dem **Schulsekretariat** ist die Stelle eines

Kanzlisten oder einer Kanzlistin

neu zu besetzen.

Tätigkeitsgebiet:

Vielseitige administrative Arbeiten des Schulwesens. Verkehr mit Behörden, Eltern und Lehrerschaft. Stellvertretung des Schulsekretärs und selbständige Arbeiten innerhalb des Aufgabenbereichs bestimmter Schulkommissionen, u. a. Protokollführung von Kommissionssitzungen.

Erfordernisse:

Abgeschlossene Verwaltungs-, kaufmännische oder gleichwertige Ausbildung mit längerer Praxis. Selbständigkeit in der Bearbeitung von Sachgebieten und Befähigung zur selbständigen Korrespondenz- und Protokollführung.

Besoldung:

Klassen 7-9 im Rahmen der städtischen Besoldungsordnung. Einreihung je nach Alter, Praxis und Vorbildung. Fünftagwoche, Pensionskasse.

Stellenantritt:
sofort oder nach Vereinbarung.

Auskünfte erteilt, und handschriftliche Bewerbungen unter Beilage von Zeugnissen, Ausweisen und Referenzen sind zu richten an:

Herrn Gemeinderat
Dr. Hubert Kühne
3400 Burgdorf
Burgfeldstrasse 11
Telefon 034 2 61 61
bzw. 2 51 91

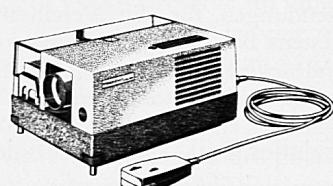
Burgdorf, 8. Januar 1969

Namens des Gemeinderates:
Der Stadtpräsident:
W. Gruber
Der Stadtschreiber:
U. Roth

Schulblattinserate haben Erfolg

Schulprojektoren

für das Kleefbild im Unterricht



Pradovit Retinamat Fan-Automat

alle mit la Optik und vollendet Bildschärfe. Wir planen Projektionsanlagen für alle Schulstufen.

Senden Sie Ihre Anfragen an
Optiker Büchi

Bern

Marktgasse 53

Telefon 031 22 21 81

